



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

* *: Politische Flugschriften.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

8. Juli angefangen spielen die preussischen Schlappen und die österreichischen Großthaten in den Zeitungen wieder eine große Rolle.

Der deutsche Sprachschatz ist durch die jüngsten Ereignisse um einen Begriff ärmer geworden. Man kann nicht füglich mehr im Angesichte des Heroismus der preussischen Soldaten vom berliner Schwindel reden. Wahrscheinlich wird dieser Verlust ersetzt werden und eine andere Vorstellung in Deutschland volksthümlich werden: die wiener Verlogenheit.

Politische Flugschriften.

Preußen und seine Bedeutung für Deutschland (Hamburg, Otto Meißner, 1866).
Kritik des preussischen Bundesreformentwurfs vom 10. Juni 1866, vom Standpunkt der nationalen Anforderung (Heidelberg, R. Groos).

Bezeichnend für den Ernst der gegenwärtigen Lage des Vaterlandes ist der verhältnismäßige Mangel an politischen Flugschriften. Wenn sonst bei hochgehender See der Tagesgeschichte die Mahnrufe der Presse wie Möven das Auf und Nieder der Ereignisse umschwirren, heute inmitten der größten Krisis, die Deutschland seit fünfzig Jahren erlebt, werden nur ganz einzelne Stimmen vernehmbar. Auch hierin zeigt sich zunächst, wie schnell wir heutzutage leben. Für Feder und Druck ist es völlig unmöglich geworden, mit den Begebenheiten nur annähernd Schritt zu halten; die Locomotive und der zeitspottende Draht geben nicht bloß der Schnelligkeit unserer Kunde von den Dingen, sondern wie es scheint auch den Actionen selbst das Tempo an. Derselbe Zeitraum, der im italienischen Kriege von 1859 zwischen der Schlacht von Solferino und dem Waffenstillstand lag, genügte diesmal zur Entwicklung des Kampfes bis zu seinem ersten Höhepunkte und bis zum Versuche des zweiten schmählicheren Villafranca. Aber es fehlt nicht bloß an Zeit, den Discussionen der Presse zu folgen, die, während sie niedergeschrieben werden, fast schon veraltet sind; auch die Gedankenproduction ist gehemmt durch die athembedrückende Rapidität der Ereignisse. Jeder Tag gebiert neue Thatsachen; jede Thatsache tritt ins Bewußtsein des Volkes als ein Ausgangspunkt umfassender Umgestaltungen, nicht als vorübergehende Erscheinung, die morgen Vergangenheit ist, sondern mit der Wucht des Principiellen und Normativen.

Die erste der vor uns liegenden Schriften nimmt nicht den fluctuirenden Stand der Tagesereignisse zum Boden ihrer Betrachtung, sondern sie beschäftigt sich mit dem, was im Wechsel das Bleibende bildet, mit der absoluten Bedeutung Preußens für Deutschland. Als ein geruhiger Freund setzt sich der Verfasser zum Volke, um ohne Leidenschaft und Eifer ein verständiges Wort mit ihm zu reden, namentlich über das geschichtliche Unrecht Preußens an Deutschland, über das Recht und den Ernst der Frage, den es jetzt mit ehernem Munde der Schlachten ans deutsche Volk stellt: Was bin ich dir?

Wie lange schon bildet die deutsche Frage, welche jetzt das Schwert zu lösen unternimmt, die Tagesordnung des politischen Gedankenaustausches. Den sauren Wochen der Nation hat sie durch das Bewußtsein der Arbeit für großen Zweck Trost und Weihe, den frohen Festen hat sie Inhalt und Ernst gegeben; die Sanguiniker sind durch manche Täuschung ernüchtert, die Pessimisten durch manchen Erfolg irre gemacht worden; sind wir endlich so weit, um auf jene Frage gründlich und endgiltig antworten zu können?

Täglich erfahren wir, wie viel daran fehlt. Aber darum ist jedes gute Wort willkommen, das den Zweck hat, die Gedankennebel zu zerstreuen, welche uns den schnell fortschreitenden wuchtigen Thatsachen der Jüngstvergangenheit gegenüber gebannt halten. Besonders wenn dies Wort von einem Nichtpreußen gesprochen wird, wie es hier der Fall ist. Der Verfasser bemüht sich, eine gründliche Darlegung seiner Meinung vom deutschen Berufe Preußens zu geben — zu ausführlich offenbar, um bis ans Ende angehört zu werden, und nicht energisch genug, um zu zünden; aber denen um so nützlicher, welche gewohnt sind, das Preußen unserer Tage einer abenteuernden Politik, seine Vertheidiger des Attentats an der deutschen Geschichte zu zeihen.

Hat sich der Staat des großen Kurfürsten und des großen Friedrich, der Parvenu von Gottes Gnaden, in schweren Kämpfen Anerkennung seiner Ebenbürtigkeit errungen, so ist ihm nun, wie der Verfasser der erwähnten Broschüre sich ausdrückt, „die Aufgabe Pipins in dem merovingischen Frankreich zugetheilt: er setze seine wirkliche Macht an die Stelle der imaginären des Bundestages.“ An die Nation stellt er die Forderung des Anschlusses an den großen Staat als das Correctiv der Stammeselsucht; diesem macht er zur Pflicht, durch Selbstregierung der Gemeinden das Correctiv gegen den centralisirenden Cäsarismus zu fördern.

Wem die freie Entwicklung berechtigter politischer Individualitäten als edelstes Gut unserer Geschichte gilt, und wer von dem Hereinwachsen Preußens in Deutschland dafür Gefahr fürchtet, möge zweierlei prüfen. Zuerst, ob die selbständigen Bestandtheile Deutschlands, wie sie heute sind, wirklich die Natur und das Recht politischer Individuen besitzen; und dann, ob der preussische Staat in Wahrheit nivellirenden Einfluß auf seine eigenen Volkselemente geübt

hat. Preußen bleibt im Werdeproceß, so lange es nicht in Wirklichkeit der deutsche Staat geworden. Wir empfinden auf das tiefste und schwerste, daß unendlich viel zu ändern, zu bessern, zu gestalten ist in diesem Staate, der zum nicht geringen Theil vom Anweis auf seine Zukunft lebt. Man könnte ihn das lebendige Programm aller politischen Probleme nennen, die das deutsche Volk zu lösen hat. Aber sie sind angeregt und den Arbeitenden bewußt geworden, der Kampf um ihre Auseinandersetzung zittert in jeder Muskel des großen Körpers. Darin eben liegt die Beglaubigung seines Lebens und Schaffens, nicht der Grund, an ihm zu zweifeln, und wären die Conflict, die ihn erschüttern, noch schwerer, als sie sind. In diesem Ringen werden alle Elemente je in ihrer Weise zur Theilnahme am Staate herangezogen, zur Arbeit für ihn gebildet, und in der Regung aller Kräfte liegt Gewähr für einstige harmonische Gestaltung im Sinne der echten Bürgerfreiheit, die weder geschenkt, noch ererbt, sondern nur erobert, und zwar täglich erobert werden muß.

So hoch den harten Antithesen des preußischen Verfassungslebens gegenüber die constitutionelle Entwicklung einzelner unserer kleinen Staaten und ihr ruhiger organischer Verlauf gepriesen werden mag, kann jemand behaupten, daß in der Mehrzahl gleiche Energie, gleiches Bewußtsein erhabener Ziele hervortritt, wie dort? Nicht an den Strebenden liegt dies zunächst. In mancher Kammer unserer Kleinstaaten ist straffer Kampfmuth, ernste Hingabe, gediegene politische Einsicht zu Tage gekommen, Zeichen, die ebenso viele Verheißungen bedeuten für gemeinsame große Arbeit der Zukunft, die aber doppelt schwer empfinden lassen, daß dieser sittlichen Thätigkeit das alle Mühe lohnende wichtigste Object fehlt: der Staat, dessen erstes Prädicat ist, Macht zu sein.

Solche Betrachtungen sind längst Gemeinplätze geworden; die bittersten, die demüthigendsten Erfahrungen haben sie uns aufgedrängt, und dennoch hat es den Anschein, als ginge unserm Volke das Concept jedesmal da verloren, wo es am nöthigsten ist. Heute und morgen wird der Kampf gekämpft, der unsre deutsche Zukunft entscheiden wird, unser eigener heimischer Boden dröhnt vom Sturmtritt deutscher Krieger, Bruder und Freund bluten draußen auf der Wahlstatt in Böhmen und am Main, und doch ist es, als müßte erst ein Geist herniedersteigen, um dem Volke Deutschlands, soweit es nicht preussisch ist, zuzurufen: von dir ist die Rede und dir gilt der Anruf!

Nicht viel anders als scheue Rehe, die dem Zweikampf ihrer mächtigen Gebieter zusehen, steht die Menge diesem Kriege „zwischen Oestreich und Preußen“ gegenüber; mit dem Gefühle, die Beute des Siegers zu sein, nicht mit dem Stolz, sich Antheil zu fordern für die bessere Sache, wenigstens freies Bekenntniß abzulegen von eigener Einsicht und eigenem Willen.

Als genau vor einem Jahre Graf Bismarck über das damals schon kriegerische Wendung drohende Zerwürfniß zwischen Oestreich und Preußen in

Salzburg mit Herrn von der Pfordten zusammentraf, soll er sich dahin geäußert haben, daß dieser Krieg nichts anders als ein Duell der Vormächte sein werde. Damals schien es wirklich so; ja noch wenige Tage vor dem verhängnisvollen 14. Juni konnte die Hoffnung genährt werden, daß es auch diesmal so bleibe. Die Patrioten, die sich von der Integrität der dritten Gruppe heilsame Wirkung auf den Friedensschluß zwischen ihren hadernnden Vormündern versprochen, sind getäuscht worden. Statt des localisirten haben wir den deutschen Krieg. Täuschen wir uns nicht darüber, daß das große Uergerniß der Nation auch sehr Heilsames im Gefolge hat.

Wenn bisher in den Völkern der meisten Kleinstaaten die selbstverschuldete Schwäche der Regierungen als unvermeidliche Folge der consequenten Brüs- kirung angesehen worden ist, die ihnen von den Großstaaten — von Oestreich genau ebenso wie von Preußen — zu Theil wurde, so lebte man der Zuversicht, daß die Tage der Abrechnung zwischen den beiden die Mündigkeit der vereinten dritten bringen müsse. Indem sie sich neben den Kampf stellten, konnten sie Gelegenheit gewinnen, ihn zu schlichten, und das Schiedsrecht mußte ihnen Coordination bringen.

Was sich in den letzten Wochen in Norddeutschland und am Main ereignet hat, mag den Stämmen, die es angeht, lehren, daß dies eher zu fürchten als zu hoffen war. So schwer wir den Schmerz darüber mitempfunden, daß Blut geflossen ist zwischen Brüdern, es ist besser so, als wenn noch einmal die wirkliche Gestalt der Dinge verhüllt geblieben wäre. Alle Phrasen vom Recht der dritten Gruppe und von ihrem deutschen Beruf sind abgethan. Die Thatsache der Liga mit Oestreich wirft diese ganze Politik zu den Todten — nicht factisch bloß — auch sei es ferne, den Tag vor dem Abend zu loben —, sondern sittlich. Mag die Erfahrung noch so bitter sein, die Nation hat sich Glück zu wünschen, daß sie sie jetzt gemacht hat. Nach dem, was an Hannover, Bayern, Hessen erlebt worden ist — Sachsens zu geschweigen, dessen wackere Soldaten etwas Besseres verdient hätten, denn als Hilfsvölker des Lothringers vergeudet zu werden —, ist es klar, daß für den edlen Theil der Nation, den die antipreußischen Staaten umschließen, die Neutralität im gegenwärtigen Kriege nicht Wachsthum ihrer politischen Geltung, sondern vielmehr den Fluch ewiger Neutralisirung bedeutet hätte. Zum Ekel oft haben wir diese Regierungen behaupten hören, daß sie zusammen eine gebieterische Macht seien: Hic Rhodus — riefen die Ereignisse — und die Misère wurden offenbar. Mit dem politischen Unsinn der Staatsnullitäten konnte auch der große Tag der Noth, der sonst so oft Wunder gewirkt hat, nichts anfangen. Wieder hat Preußen, wie 1813, durch die überwältigende Energie seiner Selbstaufopferung die Hälfte der Nation vom politischen Untergange gerettet. Zum letzten Mal, weil mit den letzten Gründen der Discussion über die Pflicht zum Vaterlande

hat es ihr die Empfindung in die Seele gedrückt, daß von den ersten Bedingungen des Staates, wenn er seinen Bürgern in Wahrheit menschenwürdige Existenz gewähren will, die erste das Vermögen des Bestehens sei.

Wer mit rechtem Schmerz empfindet, daß dieser elementare Satz wieder in Gestalt einer tiefen Demüthigung vor uns tritt, soll sich besinnen, wie sehr wir das Geschick zu preisen haben, welches nicht den Fremden, sondern den Bruder zum Prediger desselben bestellte. Alle Thatfachen, durch die politische Illusionen zerstört werden, haben etwas vom Speere des Achill an sich, der allein die Wunden heilen konnte, die er schlug. Wir sind, Gott sei Dank, nunmehr so weit, daß die oft vertagte, oft preisgegebene Frage der preußischen Spitze unsre nächste Lebensfrage geworden ist. Auch in Süddeutschland beginnt diese Erkenntniß sich convulsivisch anzukündigen, wenn auch nicht darauf zu zählen ist, daß die ekhauffirten Gemüther jenseit des Main sich so bald zu freiwilliger Umkehr entschließen. Sie mögen vorerst der ernüchternden Wirkung überlassen werden, die Haus Habsburgs Dank und Ehrenhaftigkeit auf sie ausübt. Darf man hoffen, daß sie zu bekehren sind, so werden Thatfachen in Norddeutschland am überzeugendsten reden. Hier vor allem gilt es, Klarheit zu schaffen und zu wollen. Und es fehlt nicht an gesunden Handhaben dazu.

Anderß wie im Süden, wo das unverständige Feuer des Preußenhasses auf dem breiten Boden der unvergohrenen Demokratie ausprasselte, war im Norden die Heerfolge für Destreich in der Hauptsache Entschluß der Regierungen allein. Wo die Abgeordneten zur Sprache kamen, wurde entschiedenes Veto laut; daß wir Sachsen auszunehmen haben, fällt weniger der Einsicht unsrer Volksvertretung als der Eloquenz des Herrn v. Beust zur Last, welcher den wahren Sinn der Theorie von der Selbstvertheidigungspflicht des Mindermächtigen vor den sehenden Augen und hörenden Ohren hinwegweskamotiren verstand, eine Leistung, die bei der Besetzung des Ständesaales, wie er seit drei Lustren sich gestaltet hat, nicht grade Staunen erregen kann. In Summa ist zu constatiren, daß die liberalen Elemente in den norddeutschen Staaten intakt sind. Ihnen ziemt es, die Hände, die sie rein erheben können über dem Unheil des Bruderkampfes, an das Werk zu legen, das uns vor Wiederkehr gleichen Elends schützen soll; sie haben das Amt und am ersten die Macht, dem Volke aus freier Bewegung den Ehrgeiz der Mitarbeit an unstrem nationalen Ziele ins Herz zu prägen, damit es in den entscheidungsvollen Tagen nicht kleiner erfunden werde als sein Beruf.

Wir haben die Lust erschüttert mit Resolutionen, und wir sind nicht gehört worden. Hätte Selbstbestimmungsrecht deutscher Männer einen Sinn für die Mächtigen, so war es zu achten, als man unternahm, die Zukunft Schleswig-Holsteins zu ordnen, — das tritt als wundester Fleck des Volksbewußtseins hervor. Das Volk der Herzogthümer wird erkennen lernen, daß es — seiß auch

durch Mittel, die um so schwerer zu billigen sind, weil sie nutzlos waren — gezwungen ist zu neuer Revision der Acten seiner Jüngstvergangenheit. Ist ihm am meisten wehgethan worden, so wird es ihm am schönsten anstehn, die Form der Zumuthung, die ihm gestellt wurde, um ihres Inhalts willen zu vergessen. Vielleicht darf, was kürzlich in dieser Beziehung aus Norden gemeldet wurde — die Glückwünsche der Gemeindevertreter von Flensburg und Husum an König Wilhelm — als Beweis der Besinnung und des Freimuths gelten, der eigener besserer Erkenntniß die Ehre giebt.

Denn so wenig das Recht der Selbstbestimmung auch das Recht zu politischem Selbstmord einschließt, so wenig kann bei dem Volke Norddeutschlands zweifelhaft sein, daß nur die Form des Anschlusses an Preußen Gegenstand seiner Selbstberathung ist. Hier bekommt die schleswig-holsteinische Frage — wie uns scheint — die exemplarische Bedeutung wieder, die eine Zeit lang bestritten worden ist. Wer mit der Alternative „Bundesstaat oder Einheitsstaat“ an sie herantritt, muß erkennen, daß die Constituierung von „Preußen zweiter Classe“ schwereres Unrecht gegen einen braven Volksstamm gewesen wäre, als die Beseitigung seines freilich gut abgelagerten, aber zufolge der Auffassung seines Trägers den nationalen Anforderungen hinderlichen legitimen Rechts. Es verhält sich damit nicht unähnlich wie mit der Bestimmung des wiener Congresses über das Königreich Sachsen. In hohem Grade Unrecht, weil schwere Verletzung der Stammesintegrität, war die Theilung; die Annexion des ganzen Landes würde dagegen nur Steigerung dieser Integrität gewesen sein. Auch Theilung der Rechte kann nur demüthigen, und es ist immer Vortheil, das Kind beim rechten Namen zu nennen. Die deutsche Frage wird sich nun doch als die schleswig-holsteinische im Großen darstellen und es ist an uns, zu zeigen, ob die Erfahrungen, die wir dort gemacht haben, uns hier verloren sind. Fast dürfen wenigstens für die norddeutschen Mittelstaaten die Voraussetzungen als beseitigt angesehen werden, unter denen Graf Bismarck den Bundesstaat anbot. Der Verblendung Sachsens, Hannovers, Hessens danken wir einen guten Fortschritt in der Tendenz zum Einheitsstaat, wenigstens zur ersten Stufe desselben, zu einem im Norden und Westen vervollständigten Preußen. —

Jetzt bereitet die preußische Regierung die Wahlen zum deutschen Parla- mente vor. Es wird unmöglich sein, sie auf gewöhnlichem loyalen Wege zu Stande zu bringen. Zum ersten Male sind die preußischen Civilcommissare genöthigt, nicht bloß über die Köpfe der noch bestehenden Landesverwaltungen der occupirten Staaten hinweg, sondern trotz ihres Protestes, ja vielleicht trotz eines Widerstandes, der ihnen die Existenz kostet, sich mit einem politischen Postulat ans Volk zu wenden. Eine Thatsache, die schwere Conflict des Rechtsbewußtseins mit sich bringt, die aber um so geeigneter ist, freier Ueberzeugung, welche sogar über die heiligen Schranken der Städteordnung halbsbrecherisch

hinausschwärmt, Raum und Stätte zu geben. Nie wäre in der Welt ein Recht politischen Fortschrittes entstanden, wenn nicht durch das Unrecht solcher revolutionären Handlungen.

Das Parlament wird zuerst vielleicht nur Versammlung norddeutscher Vertreter sein, an welche Preußen als an den erreichbaren Theil der Nation mit seinen Forderungen appellirt, welche überdies für dieses Forum die nächsten häuslichen Interessen in sich begreifen. Von dem Gesichtspunkte aus hat jeder die Frage zu beantworten, ob er wählen und Wahl annehmen soll oder nicht. Was von Süddeutschland her gezeitert und gelästert wird von der „Fribolität und dem Gift“ des bismarckschen Bundesreformentwurfs und der nichtigen Competenz des Parlamentes, braucht jetzt niemanden zu irren. Kein Einsichtiger verkennet, daß wir eben nur einen Entwurf vor uns haben, der zwar nicht das Beste und Beste bietet, was wir nach dieser Richtung erstreben, aber doch Besseres bringt, als wir haben. Die Formen, die Preußen anträgt, erwarten ihren Inhalt von der Einsicht und Entschlußfähigkeit der Berufenen des Volks. Es hieße sich selber aufgeben, wollte man der vorwärtsdrängenden Gewalt, die dem größten unsrer nationalen Postulate, dem Parlament, inne wohnt, mißtrauen.

Bei der Cardinalfrage, die ihm vorzulegen ist, fällt die Anwendbarkeit der Redensart hinweg, daß wir es hier nur mit „einer Conferenz Nichtfachverständiger über technische Angelegenheiten“ zu thun haben, wie der anonyme Verächter des preussischen Entwurfs meint, dessen Kritik wir oben anführten. Ueber das Glend seiner äußern politischen Beschaffenheit ist das deutsche Volk, und vollends das Volk in Norddeutschland, wie uns dünkt, sachverständig genug.

Als gute Vorbereitung auf den Freimuth der nationalen Pflicht, die an uns tritt, mag die hannoversche Erklärung gelten, die auch in Hessen Annahme und in Sachsen zahlreichen Beitritt gefunden hat. Es fehlt ihr noch an positivem Nachdruck, an rückhaltloser Anerkennung des Nothwendigen; aber die Bewegung, welche durch sie Antrieb bekommen hat, kann zu einer kräftigen Initiative drängen; zu einer declaration-of-right für unsere politische Verfassung. Und nichts Geringeres thut noth.

**